

## Die FGTB informiert

### **Haushaltskontrolle : keine Steuergerechtigkeit, keine soziale Gerechtigkeit**

**Die Michel-Regierung hat die Haushaltskontrolle abgeschlossen. Ein leichtes Unterfangen, da laut Regierung in unserer schönen Welt alles zum Besten steht. Für die Arbeitnehmer bleiben die Zeiten hart. Für die Arbeitgeber und Aktionäre eine willkommene Gelegenheit weitere Steuergeschenke und Abgabenerleichterungen zu Lasten der Arbeitnehmer zu fordern.**

Wenn man der Regierung Glauben schenkt, war die Übung einfacher als gedacht. Die Abwesenheit von neuen Steuern und Einsparungen sei ein Ergebnis ihrer Politik die bereits Früchte trägt. Besonders bei Wachstum und Beschäftigung. Diese Vorstellung entspricht nicht der Realität, unser Land erfährt nichts von der Konjunkturverbesserung in Europa. Der Jahresbericht des LFA (ONEm) zeigt schwarz auf weiß, dass die Beschäftigung seit der Einsetzung der Michel-Regierung stagniert. Kein Wort der Regierung zu den Einsparungen und Anstrengungen die erforderlich sind um das durch den Tax-Shift gerissene Haushaltsloch zu stopfen.

Trotz der Senkung der Arbeitgeberbeiträge wird bis 2020 die Beschäftigung nur um geschätzte 39.840 Einheiten steigen. Eine Zahl die noch um Ausgleichsmaßnahmen gemindert werden muss. Das bedeutet 74.000 € Kosten pro geschaffene Stelle. Das geht besser!

Parallel dazu: keine Spur der versprochenen Steuerreform, wie eine Steuer auf Börsenmehrwerte. Dennoch werden die im Ursprungshaushalt getroffen antisozialen Maßnahmen aufrecht erhalten, davon 150 Millionen Einsparungen im Krankengeld und 20 Millionen beim Zeitkredit.. Vergessen wir dabei nicht die angekündigten Einsparungen bei der Frührente, der Rente und sowieso bei Patienten, Arbeitslosen, usw. Das alles ohne Sozial-Konzertierung und z. B. ohne Budget für die schweren Berufe.

Nach dem Abschluss des überberuflichen Abkommens mit einer Verhandlungsmarge von 1,1 % sind für die Arbeitnehmer des Nicht-Kommerziellen-Sektors und der öffentlichen Dienste ein Haushalt von 15 Millionen € möglich. Was für eine Beleidigung.

Die Gewerkschaften sind ob der Reaktion der Arbeitgeber zu dieser Haushaltskontrolle erbost. Obwohl es für die Deckung des Tax-Shift noch 6,6 Milliarden bedarf, fordern sie eine Reform der Unternehmensbesteuerung. Kaum 6 Wochen nach Abschluss der

überberuflichen Verhandlungen mit schwachen 1,1 % stellen Sie die Indexierung erneut in Frage. Ohne Nachweis des Einflusses von Flexi-jobs zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit fordern sie die Ausweitung dieser Vertragsform auf andere Sektoren. Unsere einzige mögliche Bewertung der Haushaltskontrolle ist, dass die Regierung die Arbeitgeber bedient.

**Renaud RAHIER**

Überberuflicher Sekretär Ostbelgien

FGTB Verviers & Ostbelgien